WP-01-K3-296

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Nach Zeile 296 einfügen:
Es zeigen sich vermehrt Schwächen bei der allgemeinen Medienkompetenz im Land und auch beim Kinder- und Jugendmedienschutz und dessen effektive Durchsetzung. Junge Menschen haben ein Recht auf sichere Teilhabe im Netz, dass wir mehrstufig stärken wollen. Mit dem Aktionsplan „Sicheres Netz" stärken wir schnell zuständige Behörden, Meldestellen und Spezialdienststellen bei der Polizei für die konsequente Strafverfolgung, entlasten Eltern mit Voreinstellungen für sichere Dienste und Geräte (kids-safety-by-default).
Gleichzeitig soll ein Bürgerrat nur mit Kindern und Jugendlichen zu aktuellen Fragen des digitalen Kinder- und Jugendschutzes eingesetzt werden. Ziel ist es bis Ende der Wahlperiode ein weiteres Maßnahmenpaket im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Begründung

Die Schnelllebigkeit der Digitalisierung, zunehmende Polarisierung und Radikalisierung und die auf möglichst große Aufmerksamkeit ausgerichteten Internetkonzerne führen zu neuen Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die Medienkompetenz in der Gesellschaft generell ist dringend ausbaufähig, aber insbesondere der Kinder- und Jugendschutz online läuft zu oft leer. Weder einfache Forderungen nach mehr Medienkompetenz oder technische Maßnahmen die tief in Grundrechte eingreifen, werden den komplexeren Problemen gerecht. Daher ist in einer 1. Stufe ein Sofortmaßnahmenpaket nötig. In einer 2. Stufe in der Legislaturperiode sollen die vielschichtigen Themen, wie Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit aber auch Sicherheitsfragen, in einem Bürgerrat behandelt werden und Kinder und Jugendliche selbst ihre Interessen und Perspektiven artikulieren können. Damit werden wir sowohl der nötigen Weiterentwicklung des Themas, als auch der Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen gerecht.

weitere Antragsteller*innen

Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Daniel Grein (KV Berlin-Neukölln); Juliana Wimmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Kolain (KV Landau); Chris Piallat (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jens Polster (KV Celle); Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr); Tabea Rößner (KV Mainz); Jan Fährmann (KV Berlin-Lichtenberg); Jörn Pohl (KV Kiel); Martina Neubauer (KV Starnberg); Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Sven Lehmann (KV Köln); Stefan Neuenhahn (KV München); Martin Züchner (KV München); Sigrid Erfurth (KV Werra-Meißner); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Vivien Knies (KV Berlin-Spandau); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.